

ERKLÄRUNG DER SPD LANDTAGSFRAKTION ZUM „ECKPUNKTEPAPIER STROMMARKT“

Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein „Eckpunktepapier Strommarkt“ vorgelegt, das in seiner Konsequenz mit erheblichen Risiken für die Stromwirtschaft, die Industrie und die Arbeitsplätze in NRW verbunden ist.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dabei, die Interessen unseres Landes bei der Umsetzung angemessen zu berücksichtigen und insbesondere die Arbeitsplätze im Rheinischen Revier und in der energieintensiven Industrie zu erhalten.

Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung stehen an der Seite der Menschen in der Region.

Für Nordrhein-Westfalen ist es wichtig, dass für eine erfolgreiche Energiewende der Pfad eines geordneten und langfristigen Strukturwandels eingeschlagen wird. Kurzfristige soziale, energie- und beschäftigungspolitische Verwerfungen und radikale Strukturbrüche müssen verhindert werden.

Die SPD Landtagsfraktion unterstützt das nationale Klimaschutzziel bis 2020, 40 % Co₂-Minderung im Vergleich zu 1990 zu erzielen. Dieses Ziel darf aber nicht einseitig zu Lasten eines Sektors oder eines Energieträgers verfolgt werden.

Die Vorschläge des „Eckpunktepapier Strommarkt“ erfüllen diese Voraussetzungen in der vorliegenden Form nicht. Sie sind mit der Gefahr verbunden, dass es zur Stilllegung erheblicher Kraftwerkskapazitäten vor allem in den Braunkohlerevieren kommt, die dann auch den wirtschaftlichen Betrieb der Tagebaue und die Rekultivierungsplanungen infrage stellen würden.

Die Grundannahmen und Modellrechnungen des Eckpunktepapiers des Bundeswirtschaftsministeriums müssen deshalb gemeinsam mit den betroffenen Ländern, den Unternehmen und den Vertretungen der Beschäftigten überprüft und die Eckpunkte entsprechend angepasst werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Braunkohle der einzige heimische und subventionsfreie Energieträger ist, der eine kostengünstige Stromproduktion bei hoher Versorgungssicherheit gewährleistet. Dies ist insbesondere für die energieintensive Grundstoffindustrie in NRW und die mit ihr verbundenen Wertschöpfungsketten von hoher Bedeutung.

Die im Eckpunktepapier vorgesehene Verbesserung der Förderung der Kraft-Wärmekopplung ist zu begrüßen. Der Verzicht auf das Ziel, 25 % der Stromerzeugung künftig auf KWK-Basis zu erzeugen, ist jedoch nicht akzeptabel. Daher müssen die Förderbedingungen für KWK weiter verbessert werden und dürfen in der Bestandsförderung keinen Energieträger ausschließen.

Die Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene weiterhin für eine Energiepolitik einzusetzen, die Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Klimaschutz als gleichgewichtige Ziele verfolgt und die industrielle Basis unseres Wohlstandes erhält.